

GdP zur Forderung für beginnende Tarifverhandlungen

Polizeibeschäftigte erwarten spürbar steigende Einkommen

Berlin. Die Beschäftigten der Polizei in den Ländern erwarten von den im kommenden Jahr beginnenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst einen deutlichen Anstieg ihrer Einkommen.

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, sagte am Mittwoch in Berlin: „Unsere Kolleginnen und Kollegen in der Polizei nehmen es nicht hin, dass sie bei ständig zunehmender Arbeitsbelastung und gesundheitlicher Gefährdung im Dienst unserer Gesellschaft und unseres Staates lediglich mit warmen Worten abgeseigt werden. Wir alle haben in den vergangenen Monaten erfahren müssen, wie angespannt die Sicherheitslage ist und welche enormen Anforderungen an alle Angehörigen der Polizei gestellt werden. Wir stehen daher mit großem Nachdruck hinter der gemeinsamen Forderung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für die im Januar beginnende Verhandlungsrunde.“

Wie sehr die Einkommen bei der Polizei hinterherhinken, macht nach Auffassung von Kerstin Philipp die Nachwuchsgewinnung deutlich. Philipp, die im GdP-Bundesvorstand für den Tarifbereich zuständig ist: „Unter dem Druck einer verunsicherten Öffentlichkeit haben einzelne Bundesländer Neueinstellungen beschlossen. Um geeignete Bewerber zu finden, müssen wir zunehmend mit der privaten Wirtschaft konkurrieren, weil für junge, gut ausgebildete Menschen ein Beschäftigungsverhältnis im öffentlichen Dienst immer unattraktiver wird. Wir fordern eine Erhöhung des Tabellenentgelts im Gesamtvolumen von 6 Prozent unter Einbeziehung einer sozialen Komponente in Form eines Sockel- oder Mindestbetrages. Die Entgelte für Auszubildende und Praktikantinnen und Praktikanten sollen um 90 Euro erhöht werden. Wir sind am Ende unserer Geduld. Das werden wir die Arbeitgeber in den Verhandlungen spüren lassen.“

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist die größte Interessenvertretung der Polizeibeschäftigten Deutschlands. Sie engagiert sich für ihre bundesweit rund 179.000 Mitglieder, für die Zukunftsfähigkeit der Polizei sowie auf dem Gebiet der Sicherheits- und Gesellschaftspolitik.
Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

GdP-Pressestelle Bund

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0) - 113/115/116/117

Mobil: GdP-Pressesprecher Rüdiger Holecek 0172 - 7 12 15 99; Michael Zielasko 0172 - 20 64 568; Wolfgang Schönwald 0152 - 271 364 52

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 29113

Homepage: www.gdp.de

Twitter: @GdPPresse